

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 14.04.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2021

4.1 Stellenplan 2021

**4.1.3 TOP 4.1 - Stellenplan
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlage Nr. AT 82/2021

a) 3 Mehrstellen im Bereich Hochbau

Herr Cziba stellt heraus, dass die Beschäftigten im Hochbau sehr stark in Projekte eingebunden sind. Um die beschlossenen Klimaziele zeitgerecht umzusetzen, müssen entsprechende qualifizierte Kräfte zusätzlich eingesetzt werden. Daher die Forderung der Grünen.

Herr Helmes erklärt, dass der Verwaltung die Situation durchaus bekannt ist, aber nicht ohne weiteres Abhilfe geschaffen werden kann. Zum einen gehen derzeit kaum geeignete Bewerbungen ein, zudem ist die tariflich festgelegte Eingruppierung im Gegensatz zur freien Wirtschaft ein Hindernis. Daher liegt der Schwerpunkt auf der Fortbildung des eigenen Personals, um so attraktiv für Berufsanfänger zu sein. Zum anderen läuft derzeit die Organisationsuntersuchung im Bereich Hochbau, deren Ergebnis abgewartet werden sollte. Des Weiteren steht die Nachbesetzung der Leitung der Gebäudewirtschaft an. Dieser sollte Zeit und Gelegenheit gegeben werden, die eigenen Vorstellungen einzubringen.

Herr Schumann ergänzt, auch die Leitung der technischen Gebäudewirtschaft stehe zur Wiederbesetzung an. Im Stellenplan seien zwei TGA-Stellen enthalten, die ausgeschrieben würden. Bevor weitere Stellen geschaffen werden sollte die Organisationsstruktur optimiert werden.

Herr Boller hält es für besser, die Stellen trotzdem einzurichten und nicht erst das Ergebnis der Organisationsuntersuchung abzuwarten. Hinsichtlich der Qualifikation kann noch im Detail beraten werden.

Bürgermeister Mues fasst noch einmal die Position der Verwaltung zusammen und weist darauf auf den finanziellen Mehraufwand und den in 2022 angestrebten Haushaltsausgleich hin.

Herr Groß und Herr Cziba kritisieren, dass trotz der bekannten Problematik seit Jahren nicht das Notwendige unternommen wird und nach eigener Aussage der Verwaltung die beschlossene CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2040 nicht erreicht werden kann. Daher ist es nach Meinung der Grünen dringend erforderlich zu reagieren und sofort die Anstrengungen zu verstärken. Die von der Verwaltung vorgesehene Richtung kann unabhängig davon weiter verfolgt werden.

Die CDU-Fraktion hält es für richtig, zunächst das Ergebnis der Organisationsuntersuchung auszuwerten und eigenes Personal aufzubauen, erklärt Herr Weber. Außerdem sollten dem neuen Klimaschutzbeauftragten und der neuen Leitungskraft die Gelegenheit gegeben werden, ihre eigenen Vorstellungen einzubringen.

Herr Bertelmann verweist auf seine Haushaltsrede, in der er diese Probleme thematisiert hat. Inhaltlich deckt sich seine Position mit den Aussagen der Verwaltung. Da der Bedarf unbestritten besteht regt er an, einen Vorratsbeschluss zu fassen und die Stellen erst dann zu besetzen, wenn sich aus der Organisationsuntersuchung entsprechendes ergibt.

Die Problematik werde in der Fraktionskooperation ja nicht verkannt, bestätigt Herr Schiltz, die Argumentation der Verwaltung sei genauso nachvollziehbar. Er geht davon aus, dass die Organisationsuntersuchung aufzeigen wird, wie viele und welche Stellen erforderlich werden und möchte dies abwarten.

Herr Groß schlägt vor, hilfsweise für 2021 anstelle von drei Stellen den entsprechenden Betrag von 300.000 Euro für externe Vergaben zur Verfügung zu stellen um Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Für Herrn Schumann ist dies nicht zielführend, wenn nicht gleichzeitig Kapazitäten zur Betreuung der Projekte zur Verfügung stehen.

Herr Cavelius verweist ergänzend auf die Notwendigkeiten und Probleme, wenn im Rahmen der Haushaltssicherung der Stellenplan ausgeweitet wird.

b) 1 Mehrstelle im Bereich Integration

Frau König begründet den Antrag und betont, dass die Stadt Siegen als Großstadt in diesem Bereich gut aufgestellt sein sollte.

Herr Schmidt verweist auf die zurückliegenden Diskussionen des Themas und die einvernehmliche Feststellung des Rates, dass Integration nicht alleine eine kommunale Aufgabe ist, die Stadt Siegen aber ungeachtet dessen dort gut aufgestellt ist. Das Land hat inzwischen darauf reagiert und ein Programm zum kommunalen Integrationsmanagement (KIM) aufgestellt. Die Verwaltung hat sich gemeinsam mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und den anderen kreisangehörigen Kommunen um die Antragstellung für das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) bemüht. Die vom Land geförderten und vom Kreis beantragten Stellen sollen in der direkten Zuordnung und Anstellung bei der Stadt Siegen erfolgen. Hieraus ergeben sich auch die erforderlichen und beantragten zusätzlichen Personalressourcen. Das KIM sieht vor:

Baustein I: Strategischer Overhead • 1 zusätzliche Stelle für die Stadt Siegen (3,5 Stellen + 0,5 Verwaltung beim Kreis). Die Bewilligung hierfür liegt bereits vor. Die für die Stellenbesetzung erforderliche Stellenbeschreibung wird derzeit zwischen Kreis und Stadt abgestimmt.

Baustein II: Operatives Case Management • 2 zusätzliche Stellen von insgesamt 6 in den kreisangehörigen Kommunen.

Baustein III: Ausländer- und Einbürgerungsbehörden • 1 zusätzliche Stelle (0,5 ABH + 0,5 EBH jeweils Kreis und Stadt Siegen) Diese 1,0 Stelle ist bereits seit letztem Jahr befristet auf den Förderungszeitraum eingerichtet und besetzt.

Die 1,0 Stelle Baustein I: Strategischer Overhead ist als befristete Stelle beim Integrationsbeauftragten einzurichten und würde dort sinnvoll ergänzen und verstärken. Die 2,0 Stellen Baustein II: Operatives Case Management wird den Bereich der Beratung und Betreuung ergänzen, der zurzeit an den VAKS vergeben ist und durch 3 eigene Mitarbeiter übernommen wird. Fachlich passt dies sehr gut zum Konzept der Abteilungsleitung 5/1, sich um bestimmte Personen(gruppen) sehr intensiv zu kümmern. Es ist davon auszugehen, dass die Förderung auch langfristig erfolgt und verstetigt wird.

Insofern empfiehlt die Verwaltung zunächst den Einsatz dieser zusätzlichen und geförderten Stellen umzusetzen und den Personalbedarf dann in den Folgejahren zu bewerten.

Die im Antrag aufgeführten Bereiche „Antirassismuserbeit“ und „Beauftragte“ sind ebenfalls bereits im Stellenplan berücksichtigt.

Auf die Nachfrage von Frau Bleckmann erläutert Herr Schmidt, der Bereich der Beiräte und Beauftragten werde als eine Organisationseinheit gesehen, wobei den Beauftragten klare Aufgaben zugeordnet sind. Bei den Fachberatungen bestehen aber große Schnittmengen, weshalb dort zwei Stellen für alle Bereiche festgeschrieben sind.

Der Antrag zu b) wird darauf hin zurückgezogen.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Einrichtung von 3 Mehrstellen in der Hochbauabteilung für die Umsetzung der Maßnahmen zur CO₂-Reduktion an städtischen Gebäuden

- a) Stelle Architekt*in mit BAFA Zulassung als Energieberater für die Planung und Umsetzung der energetischen Sanierung aller städtischen Gebäude

- b) Stelle Bautechniker*in für die Vorbereitung und Umsetzung der erforderlichen Sanierungen
- c) Stelle TGA Planer*in für die Planung der CO2-Reduzierung aller Heizanlagen in städtischen Gebäuden

Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 47 dagegen, 3 Enthaltungen

4. Rat 14.04.2021
